

# mitarbeiten 03/2011

## Informationen der Stiftung Mitarbeit

www.buergergesellschaft.de · www.mitarbeit.de

G12970

Demokratisierung der Demokratie

## Die Zukunft der Bürgerbeteiligung

**Energie und Verkehr, Bildung und Klimaschutz, Demokratie und Rechtsstaat: immer mehr Bürgerinnen und Bürger fordern das Recht auf politische Mitgestaltung und Mitsprache bei Themen, die sie lokal oder global für wichtig und zukunftsweisend halten. Der Wunsch nach einer partizipativen Reform unseres Gemeinwesens verbindet sich mit der Einsicht, dass es einer bürgerschaftlich gestärkten Demokratie in Deutschland bedarf. Klar ist: wenn eine Vitalisierung der Demokratie und die Stärkung der Bürgerbeteiligung gelingen soll, sind tief greifende demokratische Strukturformen nötig. Doch was ist zu tun? Eine neue Publikation der Stiftung MITARBEIT richtet den Blick auf die »Zukunft der Bürgerbeteiligung«.**

**W**ie können die mannigfaltigen Krisensymptome des demokratischen Systems in der Bundesrepublik überwunden werden? Wie kann es gelingen, demokratische Gestaltungsspielräume in möglichst allen Lebensbereichen zu eröffnen und die Beschränkung von demokratischer Beteiligung auf nachrangige politische Ebenen und Politikbereiche aufzubrechen?

Entlang dieser Leitfragen zeigen Autor/innen aus Bürgergesellschaft, Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft praxisnah und handlungsorientiert Wege auf, wie mehr als sechzig Jahre nach Gründung der Bundesrepublik die Erfolgsgeschichte der bundesdeutschen Demokratie fortgeschrieben werden kann.

Zunächst stellen die Politikwissenschaftler Roland Roth und Thomas Leif die Frage nach den Grundlagen der Bürgerbeteiligung: Ist Bürgerbeteiligung lediglich ein Mythos, der an den Realitäten scheitern muss? Oder bringt uns eine Bürgerdemokratie entscheidend weiter auf dem Weg zu einer zukunftsfähigen gesellschaftlichen Entwicklung?

In den folgenden Beiträgen wird nach den Zukunftsperspektiven der Bürgerbeteiligung in unterschiedlichen Kontexten und Handlungs-

feldern gefragt. Serge Embacher betrachtet die Situation der kommunalen Demokratie in Deutschland, Joachim Scholz (siehe S. 2) erläutert, welche Gründe aus kommunalpolitischer Sicht für mehr kommunale Bürgerbeteiligung sprechen und warum immer mehr Kommunen auf Partizipation setzen.

Klaus Selle analysiert, warum Großprojekte wie Stuttgart 21 eine Herausforderung für die kommunalen Entscheidungsstrukturen darstellen und weshalb sich die Probleme nicht allein durch eine bessere Vermittlungsarbeit lösen lassen. Frank W. Heuberger und Birger Hartnuß beleuchten am Beispiel Rheinland-Pfalz die Verantwortung und die Rolle der Bundesländer bei der Etablierung und Umsetzung von Bürgerbeteiligung.

Mari Steindl sieht Partizipation als wesentlichen Schlüssel zur Integration von Migrant/innen und schildert ihre Erfahrungen mit der partizipativen Erstellung kommunaler Integrationsleitbilder in

Österreich. Einblicke in die Bürgerbeteiligungslandschaft von Südafrika gewährt Norbert Kersting. Neue Beteiligungsinstrumente aus den »Ländern des Südens« (z.B. Bürgerhaushalt) haben in den letzten Jahren in den alten Demokratien Europas großen Anklang gefunden. Helmut Klages und Franz-Reinhard Habel gehen in ihren Beiträgen der Frage nach, was die Einführung der Bürgerhaushalte für die Beteiligungskultur in den Kommunen bedeutet. Uwe Pfenning und Brigitte Reiser untersuchen die Anforderungen an die Prozessgestaltung und in einer Auswahl von Praxisprojekten wird gefragt, wie die lokale Demokratie im Alltag mit Leben gefüllt werden kann.

Im letzten Kapitel geht es schließlich um übergreifende Strategien zur Stärkung der Bürgerbeteiligung. Roland Roth stellt die Grundzüge seiner Reformstrategie zur Vitalisierung der Demokratie vor. Helmut Klages und Angelika Vetter beschreiben, unter welchen Bedingungen Bürgerbeteiligungsprozesse in den Kommunen eine realistische Perspektive haben. Carsten Herzberg erläutert sein Konzept der beteiligungsorientierten Solidarkommune, die sich sozialen und ökologischen Fragestellungen offensiv stellt.



Stiftung MITARBEIT  
(Hrsg.): *Die Zukunft der Bürgerbeteiligung. Herausforderungen, Trends, Projekte. Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten* Nr. 25. Verlag Stiftung MITARBEIT, Bonn 2011, ISBN 978-3-941143-10-4, 292 S., 12,- Euro, zu beziehen über den Buchhandel oder [www.mitarbeit.de](http://www.mitarbeit.de)



Gespräch mit Joachim Scholz (Oberbürgermeister der Stadt Neckarsulm)



## »Bürgerbeteiligung braucht gute Ideen und Akteure«

Joachim Scholz ist seit Oktober 2008 Oberbürgermeister der 27.000 Einwohner/innen zählenden Stadt Neckarsulm im Landkreis Heilbronn. Im Gespräch mit der Redaktion erläutert er sein Konzept, die lokale Demokratie in Neckarsulm durch Bürgerbeteiligung zu stärken.

**H**err Scholz, Sie haben Bürgerbeteiligung in Ihrer Kommune zur Chefsache gemacht. Was erhoffen Sie sich von mehr Bürgerbeteiligung?

Scholz: Ich erhoffe mir, dass sich die Bürgerinnen und Bürger noch stärker mit ihrer Stadt identifizieren, wenn sie die Möglichkeit haben, ihre Themen in den Gemeinderat einzubringen und sich später auch an der Umsetzung ihrer Ideen beteiligen können. Das ist ein sehr spannender Prozess, weil die Leute dann konkret sehen können, was aus ihren Vorschlägen in der Praxis wird.

Können Sie ein Beispiel aus Ihrer Kommune nennen?

Scholz: Das Thema »Wohnen im Alter« ist beispielsweise ein Thema, das bei uns bisher noch nicht implementiert war und das wir jetzt gemeinsam mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern angehen. Ich denke, es gibt viele Beispiele und Ideen, die die Menschen einbringen können, man muss sie nur lassen. Wenn die Menschen die Gewissheit haben, dass ihre Vorschläge willkommen sind, ist vieles möglich.

Wie wird so ein Projekt dann in Politik und Verwaltung umgesetzt?

Scholz: Grundsätzlich müssen Gemeinderat und Verwaltung bereit sein, sich für eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu öffnen. Wir versuchen dann, das Engagement der Bürger/innen durch unsere Expertise und Fachabteilungen zu unterstützen. Wir haben projektbezogen feste Ansprechpersonen in der Verwaltung installiert, die den Kontakt zu den engagierten Bürger/innen und zu den Fachabteilungen halten und den Fortgang des Projektes begleiten. Wichtig ist, die Politik und den Gemeinderat von Anfang an einzubinden. Der Gemeinderat muss darauf vertrauen können, dass er durch Bürgerbeteiligung nicht infrage gestellt wird, er muss das Hauptorgan in der Stadt bleiben. Es geht für alle Seiten um eine Kooperation auf Augenhöhe. Bisher machen wir da sehr gute Erfahrungen. Und unsere politischen Akteure haben gelernt zu akzeptieren, dass es in der Kommune Meinungen und Ideen gibt, die man durchaus zulassen kann.

*Kommunale Beteiligung ist immer auch abhängig von den rechtlichen Rahmenbedingungen.*

Scholz: Stimmt. Die Verfassung in Baden-Württemberg schreibt Bürgerbeteiligung in den klassischen Bereichen vor, auch bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden gibt es nur einen relativ engen Bereich, in dem sich die Bürger/innen beteiligen können. Wir gehen da wirklich weiter. Die Menschen in Neckarsulm sollen Vorschläge einbringen. Und das, was umsetzbar ist und was politisch passt, wird gemacht. Wenn sie die Menschen wirklich teilhaben lassen wollen, braucht es nicht unbedingt Gesetze, es braucht gute Ideen und es braucht gute Akteure.

*Was tun sie, um die Menschen ins Boot zu holen, die sich am politischen Prozess nicht beteiligen wollen oder können?*

Scholz: Da kommt es darauf an, über welches Thema wir reden. Grundsätzlich gilt: sie müssen auf diese Menschen zugehen. Sicher beteiligen sich dann immer noch nicht alle, weil es einfach Menschen gibt, die sich aus unterschiedlichen Gründen nicht beteiligen wollen. Aber sie müssen denjenigen Angebote machen, die sich beteiligen wollen, es aber ohne Unterstützung nicht schaffen. Dazu ist es häufig nötig, sich mit der lokalen Zivilgesellschaft zu vernetzen und die Vereine und Initiativen vor Ort einzubeziehen, die oft bessere Zugänge zu diesen Menschen haben als Politik und Verwaltung.

*Wie wichtig ist es, Bürgerbeteiligung nachhaltig in einer Kommune zu verankern?*

Scholz: Selbstverständlich ist es immer schön, wenn Prozesse langfristig und nachhaltig angelegt sind und Kommunen Rahmenbedingungen für Engagement und Beteiligung schaffen. Aber Fakt ist auch: die Bürgerinnen und Bürger entscheiden selber mit darüber, wie nachhaltig Bürgerbeteiligung ist. Solange die Menschen sagen, ja, Bürgerbeteiligung ist in meiner Kommune sinnvoll und notwendig und deshalb machen wir mit, solange sollen diese Prozesse laufen. Bürgerbeteiligung muss auch eingefordert werden. Doch eigentlich mache ich mir da keine Sorgen: ich bin immer wieder erstaunt, wie viele Ideen es in der Bürgerschaft gibt. Deshalb bin ich da ganz entspannt.

*Ein Video-Ausschnitt des Interviews unter [www.mitarbeit.de/1108html](http://www.mitarbeit.de/1108html)*

## Ombudsstelle für Bürgerinitiativen und -interessen

**Bürgerschaftliches Engagement und Bürgerbeteiligung bieten vielfältige Chancen für eine zukunftsfähige kommunale Entwicklung. Viele Städte, Gemeinden und Kreise in der Bundesrepublik haben bereits Strategien zur lokalen Engagementförderung entwickelt. Die Stadt Dortmund verfügt seit Anfang des Jahres 2011 über eine hauptamtliche Ombudsfrau für Bürgerinitiativen- und Interessen. Sie fungiert stadtweit als zentrale Ansprechpartnerin, Moderatorin, Netzwerkerin und Impulsgeberin für Bürgerinitiativen und Bürgerinteressen, vermittelt Kontakte zwischen Verwaltung und aktiver Bürgerschaft und unterstützt durch Beratung und Öffentlichkeitsarbeit Initiativen, die zur Stärkung der Bürgergesellschaft beitragen.**

In Dortmund wurde im Jahr 2010 auf Initiative des Oberbürgermeisters der Geschäftsbereich »Bürgerinteressen und Zivilgesellschaft« eingerichtet. Innerhalb dieses Geschäftsbereichs wurden zehn Anlaufstellen zusammengeführt, darunter die Migrations- und Integrationsagentur, die Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie, das Agenda-Büro, die örtliche Freiwilligenagentur und eben auch die Ombudsstelle für Bürgerinitiativen und -interessen. Dialog, Transparenz und die

Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und Bürgerbeteiligung ist das gemeinsame Ziel aller Verantwortlichen. So soll neben dem Strukturwandel auch das gesellschaftliche Klima in Dortmund weiterentwickelt werden.

Seit Januar 2011 hat Michaela Bonan als erste hauptamtliche, kommunale Ombudsfrau die Aufgabe übernommen, Bürgerinitiativen und -interessen bei ihrer Teilhabe am Willensbildungsprozess von Politik und Verwaltung zu unterstützen. Transparente Strukturen, klare Kom-

munikation, verbindliche Zuständigkeiten und ein umfassendes Informationsangebot zu Beteiligungsrechten und Mitwirkungsmöglichkeiten sind hierbei wesentliche Grundlagen für die angemessene Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger.

Die Reaktionen aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung auf die neue Stelle sind überwiegend positiv, berichtet Bonan: »Sie sehen in der Einrichtung der Ombudsstelle die Chance, den Dialog zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft sinnvoll zu unterstützen und zu ergänzen.« Dennoch gelte es weiter Überzeugungsarbeit zu leisten auf dem Dortmunder Weg zu mehr Bürgerbeteiligung. Bonan betont deshalb die Vorzüge des Richtungswechsels: »Bürger/innen werden für Politik und Verwaltung zu Partnern und Impulsgebern und verlieren das oft beklagte Image der potenziellen ›Verfahrensstörer‹. Die Beteiligung und Mitwirkung der Bürger/innen an den politischen Entscheidungen birgt gleichzeitig die Chance, gegenseitiges Misstrauen in Vertrauen zu verwandeln.«

Mehr Informationen unter [www.buergergesellschaft.de/107412/#5063](http://www.buergergesellschaft.de/107412/#5063)

### DORV: Dienstleistung und Ortsnahe Rundumversorgung

## Tante Emma von unten

**Ländliche Regionen sind für viele Menschen in Deutschland Orte zum Wohnen, Leben und Arbeiten. Doch Bevölkerungsrückgang und Abwanderung stellen sie zugleich vor große Herausforderungen. Um Zukunftsperspektiven für Menschen in ländlichen Räumen zu schaffen und die vorhandene Vielfalt zu erhalten, sind Ideen der Bürger/innen gefragt: sie können mitwirken, ihrer Region eine neue Perspektive zu geben, die Lebensqualität vor Ort zu sichern und die Wirtschaftskraft zu fördern. Das Projekt DORV beispielsweise zielt darauf, die nötige Infrastruktur für die kommunale Daseinsvorsorge bürgerorientiert und nachhaltig zu organisieren.**

Die Initialzündung ereignete sich vor zehn Jahren. »Da wurde auch noch die Sparkassenfiliale geschlossen«, erinnert sich Heinz Frey, Initiator des DORV-Konzepts und Lehrer aus Jülich-Barmen, einem Dorf im Regierungsbezirk Köln mit circa 1.400 Einwohner/innen. Keine Läden, kein Arzt, keine Postfiliale oder Bank: »Dann ist ein Ort nicht zukunftsfähig und verliert an Lebensqualität«, davon ist Heinz Frey überzeugt. Gemeinsam mit engagierten Mitstreiter/innen entwickelte Frey

die Idee für einen bürgernahen Markt der Möglichkeiten: Lebensmittelgeschäft, (soziale) Dienstleistungen, Bürgerbüro und lokale Drehscheibe für Kontakte und Informationen aller Art, zusammengefasst unter einem Dach.

Im Jahr 2004 wurde das DORV-Zentrum in Barmen eröffnet. Seitdem bietet das Konzept bürgernahe Lösungen für eine selbstorganisierte Infrastrukturversorgung, die zur Sicherung der Lebensqualität in ländlichen Räumen beiträgt. So

verwandelt sich ein Ort, der unter den Gesichtspunkten von Markt und Wettbewerb nicht rentabel ist, mit Hilfe von engagierten Bürger/innen in ein neues gemeinwohlorientiertes dörfliches Zentrum. Das Angebot wird von den Bürger/innen begeistert angenommen und genutzt. Damit das DORV überleben kann, muss die Bürgerschaft 10–12 Prozent ihrer Lebensmittel dort einkaufen. Die Preise bewegen sich im mittleren Preissegment. »Wir sind ja nicht gewinnorientiert«, sagt Frey.

Die DORV-Idee hat sich mittlerweile zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt. So findet das Projekt Nachahmer in mehr als zehn Kommunen in Deutschland und Österreich, auch größere Städte haben bereits Interesse signalisiert. Heinz Frey wundert das nicht: »Wir schreiben schwarze Zahlen und das Konzept ist realitätstauglich. Man darf die Dinge nicht nur der Politik überlassen, man muss auch selbst aktiv werden.«

Weitere Informationen im Netz unter [www.dorv.de](http://www.dorv.de)

## Gemeinsam mehr erreichen

Migrantenorganisationen spielen für die Integration und Partizipation Zugewanderter eine wichtige Rolle. Sie übernehmen eine Brückenfunktion in die deutsche Gesellschaft, bündeln Selbsthilfepotenziale und artikulieren Interessen ihrer Mitglieder. Meist leben diese Organisationen jedoch vom hohen Engagement einzelner Personen und stoßen damit auch an ihre Grenzen.

Der Praxisworkshop für Migrantenorganisationen und ihre Mitglieder »Gemeinsam mehr erreichen: Freiwillige gewinnen und

binden« (18. bis 19. November 2011 in Bonn) gibt praktische Hinweise, wie sich neue Freiwillige für die eigene Organisation gewinnen und binden lassen. Die Teilnehmer/innen können die Praxis der eigenen Organisation und ihren Umgang mit Freiwilligen reflektieren und weiterentwickeln. – Das Seminar ist eine Kooperation mit der *Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrant\*innenverbände in Deutschland e.V.*

Nähere Informationen bei *Claudia Leinauer (leinauer@mitarbeit.de)* in der *Bundesgeschäftsstelle*

## Flüchtlinge und gesellschaftliche Teilhabe

Obwohl gerade junge Flüchtlinge in besonderem Maße auf Unterstützung und Hilfe angewiesen sind, sind sie selten im Blick, wenn es um das freiwillige Engagement von und für Migrant\*innen geht.

Ziel der Fachtagung (25. und 26. November 2011 in Köln), die in Kooperation mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und der BAG Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSJA) stattfindet, ist es, den Teilnehmer\*innen Anregungen und Orientierung für Handlungsansätze zu vermitteln, die erfolgreich freiwilliges Engage-

ment für junge Flüchtlinge und von jungen Flüchtlingen fördern.

Die Tagung richtet sich an unterschiedliche Akteure der Zivilgesellschaft wie beispielsweise Freiwilligenagenturen, Migranten- und Flüchtlingsorganisationen, Jugendmigrationsdienste und andere Fachdienste.

Den aktuellen Planungsstand finden Sie im Internet unter: [www.mitarbeit.de/tagungen.html](http://www.mitarbeit.de/tagungen.html). Nähere Informationen bei *Brigitte Mies-van Engelshoven (mies-vanengelshoven@mitarbeit.de)* in der *Bundesgeschäftsstelle*



Beim 33. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Dresden besuchte Christine Lieberknecht den Stand der Stiftung MITARBEIT. Die Ministerpräsidentin des Freistaats Thüringen betonte dabei die Bedeutung einer stärkeren Beteiligung der Bürger\*innen. Im Gespräch machte sie deutlich, dass sie sich auch in Zukunft in ihrem Bundesland für mehr Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement einsetzen möchte. Christine Lieberknecht ist langjähriges Mitglied im Kuratorium der Stiftung MITARBEIT.

### Methodenseminar

## Fundraising für Vereine und Initiativen

Fundraising, das Beschaffen von Ressourcen, ist harte Arbeit, die aber dennoch viel Freude bereiten kann. Voraussetzung ist, dass Fundraiserinnen und Fundraiser die grundlegenden Prinzipien und Techniken der Geldbeschaffung kennen. Fundraising heißt Beziehungen aufbauen, kommunizieren, Sinn und Vision vermitteln.

Neben einer allgemeinen Einführung in das Thema Fundraising steht das Fundraising bei Privatpersonen im Mittelpunkt des Seminars (7. bis 9. Oktober 2011 in Marktbreit bei Würzburg). Weitere Themen sind Spendenbriefe, telefonische Spendenwerbung, Straßenarbeit und Einzelgespräche und die Maßnahmenplanung. Praktische Übungen und Tipps von Praktikern bilden den Schwerpunkt. Das Seminar wendet sich an haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter\*innen von kleinen und mittelgroßen Vereinen und Initiativen, die mit unzureichenden Finanzmitteln arbeiten müssen und nach methodischen Hilfen für die Geldbeschaffung suchen.

Nähere Informationen bei *Nicole Stollenwerk (stollenwerk@mitarbeit.de)* in der *Bundesgeschäftsstelle*

### Impressum

mitarbeiten  
Informationen der  
Stiftung MITARBEIT  
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion:  
Hanns-Jörg Sippel, Ulrich Rüttgers

Stiftung MITARBEIT  
Bornheimer Straße 37  
53111 Bonn  
Telefon (02 28) 6 04 24-0  
Telefax (02 28) 6 04 24-22  
E-Mail [info@mitarbeit.de](mailto:info@mitarbeit.de)  
[www.mitarbeit.de](http://www.mitarbeit.de)  
[www.buergergesellschaft.de](http://www.buergergesellschaft.de)

Vorstand: Hanns-Jörg Sippel (Vorsitzender), Beate Moog

Stiftungsrat: Dr. Henning von Vieregge (Vorsitzender)

Konto: Volksbank Bonn Rhein-Sieg  
(BLZ 380 601 86) Kto. 20 10 54 00 14

Die Stiftung MITARBEIT wird vom Bundesinnenministerium gefördert.